

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlags- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion Rathaus,
1. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vavrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Donnerstag, 22. Jänner 1987

Blatt 130

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- „Wienerwald-Deklaration“ unterzeichnet (131/132/FS: 21.1.)
- Braun-Appell an ÖAMTC: Zusammenarbeit statt Kampfaufforderung (136)
- Enquete des Wiener Jugendamtes (137)
- Verdienstzeichen für fünf Widerstandskämpfer (138)
- ÖVP fordert Gestaltungsbeirat (139)
- Hofmann: Gestaltungsbeirat bereits in Vorbereitung (139)
- Wiener Landtag und Gemeinderat (nur FS)

Kultur:

- Förderungen aus der Hochschuljubiläumstiftung (133)
- 3,725 Millionen Schilling für Wiener Kleinbühnen (134)
- Ehrenmedaille für Prof. Bottoli und Prof. Habeck (135)

„Wienerwald-Deklaration“ unterzeichnet

Sitzung der Planungsgemeinschaft Ost

Wien, 21.1. (RK-KOMMUNAL) Das Beschlußorgan der Planungsgemeinschaft Ost trat Mittwoch nachmittag im Wiener Rathaus zu einer Sitzung zusammen. Die Landeshauptleute Dr. Helmut ZILK und Siegfried LUDWIG sowie Landesrat Karl STIX informierten anschließend in einer Pressekonferenz über die Ergebnisse.

Schutzmaßnahmen für den Wienerwald

Zilk, Ludwig und Stix unterzeichneten Mittwoch die „Wienerwald-Deklaration“ folgenden Inhalts:

„Die Mitglieder der Planungsgemeinschaft Ost bekennen sich zu den vorgeschlagenen 'Schutzmaßnahmen für den Wienerwald' und werden die Umsetzung dieser Maßnahmen in ihrem Wirkungsbereich veranlassen.

Es muß jenen Entwicklungen und Einflüssen entgegengewirkt werden, die den Wienerwald in seiner Funktion als jahrhundertealte Kulturlandschaft und als beliebtes Naherholungsgebiet um Wien beeinträchtigen.

Im Bewußtsein der gemeinsamen Verantwortung sollen alle Schutz- und Pflegemaßnahmen sowie alle Entscheidungen über die weitere Entwicklung auf das Ziel ausgerichtet sein, den Wienerwald uns und künftigen Generationen vorrangig als Erholungslandschaft und Freizeitgebiet zu erhalten.

Der Bund und die 'Wienerwald-Gemeinden' werden eingeladen, sich dieser Deklaration anzuschließen und sollen die in ihren Wirkungsbereich fallenden Maßnahmen ebenfalls verwirklichen. Dabei soll die Planungsgemeinschaft Ost weiterhin die Koordinationsfunktion übernehmen.“

Zweckmäßige Maßnahmen

Folgende Maßnahmen werden zur Verwirklichung der Deklaration als zweckmäßig erachtet:

- Vereinbarung gemäß Artikel 15a BV-G zwischen Bund und Ländern Niederösterreich und Wien
- Schaffung eines „Management Wienerwald“ im Rahmen der PGO als Koordinierungsstelle der Länder mit den Gemeinden
- Einbindung von Aktivitäten und Organisationen, die sich den Schutz des Wienerwaldes zum Ziel gesetzt haben (wie z.B. Wienerwaldkonferenz, Förderung privatwirtschaftlicher Aktivitäten, Förderung der Bildung von Zweckverbänden und wissenschaftlicher Arbeiten)

Die vorgeschlagenen Schutzmaßnahmen betreffen u.a. die Bautätigkeit (Überprüfung der Umweltauswirkungen größerer Bauvorhaben, Widmungssperre für Siedlungserweiterungen, Verstärkung des Landschaftschutzes usw.), den Verkehr (Tempokontrollen, Salzstreuverbot, Einbeziehung des Busnetzes in den Verkehrsverbund Ost, Straßensperren für Schwerverkehr usw.), die Entsorgung und Versorgung (umweltfreundliche Heizungen, Abwasserkonzept für alle Wienerwald-Gemeinden usw.), die Land- und Forstwirtschaft (naturnahe und ökologisch orientierte Bewirtschaftungsformen) sowie eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit.

Eine Untersuchung des Österreichischen Instituts für Raumplanung ergab, daß etwa ein Viertel der als Bauland gewidmeten Flächen (ca. 9 Prozent der Wienerwald-Gesamtfläche) noch ungenutzt sind. Weitere Widmungen von Bauland erscheinen daher nicht nötig, eher sind Rückwidmungen anzustreben.

Zu einer derzeit laufenden Verkehrsuntersuchung durch Prof. Knoflacher liegt ein Zwischenbericht vor, aus dem bereits einzelne Vorschläge abgeleitet werden können:

Umgestaltung des Straßenraums in jenen Ortsgebieten, in denen ein überhöhtes Geschwindigkeitsniveau festgestellt wurde; verstärkte Tempokontrollen; attraktivere Busfahrpläne.

Bereits am 21. Jänner 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Nationalpark Ost

Folgende Punkte wurden beschlossen, wobei Einigkeit darüber bestand, daß ein möglichst enges Einvernehmen mit der betroffenen Bevölkerung hergestellt wird:

- Die Planungsgemeinschaft Ost strebt die rasche Verwirklichung eines Nationalparks im Raum Donau-March-Neusiedler See an („Nationalpark und Erholungsregion Donau-March-Neusiedler See“).
- Die bereits 1983 zur Kenntnis genommenen Ergebnisse der Vorarbeiten für einen Nationalpark Ost, insbesondere die Ziele, Definitionen, Abgrenzungskriterien und -vorschläge bilden die Grundlage, auf der die Geschäftsstelle im Zusammenwirken mit den Gemeinden und gesetzlichen Interessensvertretungen weitere Schritte zur Verwirklichung des Nationalparks Ost in planerischer, organisatorischer und rechtlicher Sicht vorbereiten und koordinieren soll.
- Die Länder Burgenland, Niederösterreich und Wien werden im Wege der Planungsgemeinschaft Ost gemeinsam mit dem Bund Vorschläge für organisatorische Vorbereitungen erstatten, damit erforderliche Rechtsgrundlagen und geeignete Verwaltungs- und Finanzierungsformen ausgearbeitet werden können.

Landeshauptstadt für Niederösterreich

Am 10. Juli 1986 wurde St. Pölten durch den niederösterreichischen Landtag einstimmig zur Landeshauptstadt für Niederösterreich erklärt. Durch diesen Hauptstadtbeschuß und das angekündigte Regionalisierungsprogramm ergibt sich die Notwendigkeit, die räumliche Struktur der Länderregion Ost neu zu überdenken. Dazu wurde am Mittwoch beschlossen:

- Ein künftiges räumliches Leitbild für die Länderregion Ost ist auf der Grundlage des Hauptstadtbeschlusses des Landes Niederösterreich, der Raumordnungsprogramme des Landes Niederösterreich sowie des Stadtentwicklungsplanes für Wien und der regionalen Entwicklungsprogramme für das Burgenland zu erstellen. Die entsprechenden Arbeiten dafür sind von der Geschäftsstelle in die Wege zu leiten.
- Die Planungsgemeinschaft Ost ist in alle großräumigen Planungsentscheidungen und -maßnahmen, die Auswirkungen auf das räumliche Leitbild haben, einzubinden.

Experten-Hearing zur Wirtschaftspolitik

Die Länder Wien, Niederösterreich und Burgenland wollen mit gemeinsamen Initiativen der rückläufigen Wirtschaftsentwicklung der Ostregion gegenüber den westlichen Bundesländern entgegenwirken. Im kommenden Frühjahr wird daher im Wiener Rathaus ein Experten-Hearing über „Strategien für eine offensive Wirtschaftspolitik in der Länderregion Ost“ mit Fachleuten aus Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung und Politik abgehalten. (Schluß) ch/rr



Die Landeshauptleute Zilk und Ludwig sowie Landesrat Stix unterzeichneten Mittwoch nachmittag die gemeinsame „Wienerwald-Deklaration“.

Forts. von Blatt 131

Förderungen aus der Hochschuljubiläumsstiftung

Bewerbungen bis 31. März

Wien, 22.1. (RK-KULTUR/KOMMUNAL) Von der Hochschuljubiläumsstiftung werden auch 1987 wieder Förderungsmittel vergeben. Bewerbungen müssen bis 31. März im Sekretariat der Hochschuljubiläumsstiftung der Stadt Wien, 1082 Wien, Friedrich-Schmidt-Platz 5, eingereicht werden.

Die Mittel der Stiftung, die 1965 anlässlich des 600jährigen Bestehens der Universität Wien und des 150jährigen Bestehens der Technischen Universität gegründet wurde, sind für wissenschaftliche Projekte, insbesondere der Wiener Hochschulinstitute, bestimmt. In besonderen Fällen können auch wissenschaftliche Vereinigungen, Personengemeinschaften und Einzelpersonen um eine Förderung ansuchen.

Es können nur Anträge berücksichtigt werden, die Forschungsaufgaben in unmittelbarem Sinn umfassen. In den Bewerbungen ist der wissenschaftliche Charakter des betreffenden Projektes darzustellen. Die Bewerbung muß mit folgenden Unterlagen erfolgen: Name des Bewerbers oder der sich bewerbenden Institution, Adresse, Telefonnummer (bei Einzelbewerbungen Lebenslauf, Bildungsgänge, Fachrichtung, bisherige Arbeiten; bei Institutionsbewerbungen analoger Qualifikationsnachweis der vorgesehenen Mitarbeiter), Begründung und Disposition des Vorhabens, Arbeitsdauer, aufgegliederter Kostenvoranschlag und Bekanntgabe sonstiger Förderungsbeiträge anderer Stellen. Die Bewerber müssen ihren Sitz (Wohnsitz) in Wien haben. Die Beschlußfassung über die Zuerkennung der Förderungsmittel obliegt dem Kuratorium der Stiftung, das die Verleihung im November 1987 vornehmen wird. (Schluß) gab/bs

3.725 Millionen Schilling für Wiener Kleinbühnen

Wien, 22.1. (RK-KULTUR) Der Gemeinderatsausschuß für Kultur und Sport beschloß die Förderung der Wiener Kleinbühnen für das Jahr 1987 mit einem Gesamtvolumen von 3,725 Millionen Schilling.

Es werden insgesamt 15 Kleinbühnen gefördert, davon erhalten acht 30.000 Schilling im Monat, fünf 22.000 Schilling und je eines 15.000 beziehungsweise 7.500 Schilling monatlich. Die Förderungsbeträge werden, der Spielzeit entsprechend, durch zehn Monate ausbezahlt. (Schluß) gab/rr

Ehrenmedaille für Prof. Bottoli und Prof. Habeck

Wien, 22.1. (RK-KULTUR) Kulturstadtrat Franz MRKVICKA überreichte am Mittwoch im Wiener Rathaus Prof. Oskar BOTTOLI und Prof. Dr. Fritz HABECK die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold. Prof. Walter BEHRENS und Siegfried L. KRATOCHWIL wurden mit der Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Silber ausgezeichnet.

Prof. Bottoli zählt zu den wichtigsten Vertretern der Bildhauerei unserer Zeit in Wien.

Prof. Dr. Habeck ist als Schriftsteller international anerkannt.

Prof. Walter Behrens hat sich als Künstler und Mitbegründer des legendären Art-Clubs um die Wiener Kunstszene verdient gemacht.

Siegfried Kratochwil hat als Vertreter der naiven Malerei Anerkennung gefunden.

An der Feier nahmen auch Zweiter Landtagspräsident Fritz HAHN und Stadträtin Maria HAMPEL-FUCHS teil. (Schluß) gab/bs

Braun-Appell an ÖAMTC: Zusammenarbeit statt Kampfaufforderung

Wien, 22.1. (RK-LOKAL) Die Vorgangsweise des ÖAMTC, der gestern in einer Aussendung zum Prozessieren förmlich auffordert, sei nicht zielführend, da damit ein Krieg zwischen Autofahrern und Verwaltung bewußt provoziert wird. „In einer Situation, die alles andere als normal ist, liegt ein derartiger Appell — bei allen zugegebenen Problemen bei der Schneeräumung — sicher nicht im Interesse der Autofahrer“, sagte Braun dazu gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“. Diese Form des Gegen-einander anstelle sinnvoller Zusammenarbeit sei alles andere als zielführend, erklärte Braun.

Die Aufforderung des Autofahrervereins sei auch deshalb äußerst verwunderlich, weil ja gerade zahlreiche vorschriftswidrig geparkte Autos die Schneeräumung behindern und die Polizei dennoch angewiesen wurde, Nachsicht zu üben. Wenn der ÖAMTC schon aktiv werden will, dann sollte er doch eher an seine Mitglieder appellieren, sinnvollerweise die Schneeräumung nicht durch Falschparken zu be- und zu verhindern.

Der Wiener Umweltstadtrat wies in diesem Zusammenhang auch neuerlich darauf hin, daß gerade nach den Schneefällen im Jänner enorme Mengen Schnee weggeschafft werden müssen. Waren es etwa im gesamten Winter 1985/86 310.000 Kubikmeter, so mußte die MA 48 allein in den letzten eineinhalb Wochen — bis heute früh — 280.000 Kubikmeter Schnee wegbringen. Allein bei den Kosten nähern wir uns bereits der 300-Millionen-Grenze, sagte Braun. (Schluß) hrs/rr

Enquete des Wiener Jugendamtes

Sozialerziehung im Kindergarten

Wien, 22.1. (RK-KOMMUNAL) Eine Enquete des Wiener Jugendamtes zum Thema „Der Beitrag des Kindergartens zur Sozialisation des Kindes“, eröffnete Donnerstag Familienstadtrat Ingrid SMEJKAL. Ziel dieser Veranstaltung ist es, erklärte Smejkal in einer Pressekonferenz, die Sozialisation in der frühen Kindheit und die Möglichkeiten ihrer Beeinflussung durch Erziehverhalten und das soziale Umfeld „Kindergarten“ darzustellen. Im Rahmen der Enquete werden wissenschaftliche Erkenntnisse auf ihre Umsetzbarkeit in die praktische Arbeit im Kindergarten überprüft.

Erste Begegnungen außerhalb der Familie

Der Kindergarten ist für die meisten Kinder das erste außerfamiliäre Sozialisationsfeld. Eine der Hauptaufgaben der „Bildungseinrichtung Kindergarten“ ist deshalb die Sozialerziehung, führte Smejkal aus. Hier werden grundlegende Haltungen für positives soziales Handeln vermittelt. Appelle, mehr Menschlichkeit zu beweisen und z.B. in der derzeitigen Wetersituation Nachbarschaftshilfe zu leisten, zeigen die Wichtigkeit dieses Erziehungszieles, ergänzte Smejkal.

Toleranz ist wichtig

In den Wiener Kindertagesheimen finden alle Kinder, unabhängig von ihrer sozialen und kulturellen Herkunft Aufnahme. So lernen sie die unterschiedlichsten Lebensweisen und die verschiedenen Bedürfnisse ihrer Mitmenschen kennen. Im Kindergarten üben Kinder die Regeln des Zusammenlebens und entwickeln die Fähigkeit, Konflikte ohne Gewaltanwendung auszutragen. Ein wichtiger Faktor dabei ist die Sprachförderung.

Bessere Chancen für Kinder aus Problemfamilien

Durch die Vollversorgung mit Kindergartenplätzen in Wien sind vermehrt auch Kinder aus Problemfamilien erfaßt, ergänzte Smejkal. Besonders für diese Kinder bedeutet die Erziehung im Kindergarten eine Chancenverbesserung für ihre persönliche Entwicklung. Aus diesem Grund werden auch verstärkt entsprechende Sozialisationshilfen für behinderte Kinder angeboten. (Forts. mgl.) jel/rr

Verdienstzeichen für fünf Widerstandskämpfer

Wien, 22.1. (RK-KOMMUNAL) Personalstadtrat Friederike SEIDL überreichte am Donnerstag im Wiener Rathaus Karla GLAUBAUF, Josefa KALUZIK, Bruno SOKOLL, August STOPPACHER und Josef ZAK das Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien.

Die Geehrten haben während der Zeit des Nationalsozialismus im Untergrund und unter Einsatz ihres Lebens für die Wiedererlangung der Freiheit Österreichs gekämpft. Darüber hinaus engagierten sie sich auch nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in bewundernswerter und vorbildlicher Weise für die Opfer des Faschismus und trugen durch ihr unermüdliches Auftreten als Zeitzeugen bis heute dazu bei, daß die Greuel des Faschismus nicht in Vergessenheit geraten.

Die Stadträtin dankte in der Feierstunde für den beispiellosen Einsatz, mit dem sich die Geehrten für ihre Mitmenschen eingesetzt haben und drückte ihre Bewunderung über den von jedem einzelnen erwiesenen Mut in so schwerer Zeit aus. „Wir hoffen alle sehr, daß in diesem Land Menschen nie mehr solche Mutproben abverlangt werden“, schloß Stadtrat Seidl.

An der Feier nahmen auch die Stadträte Fritz HOFMANN (SPÖ), Helmut BRAUN (SPÖ) und Dolores BAUER (ÖVP) sowie der Präsident des KZ-Verbandes Dr. Ludwig SOSWINSKI teil. (Schluß) lei/gg

ÖVP fordert Gestaltungsbeirat

Wien, 22.1. (RK-KOMMUNAL) In einem Antrag, der am Freitag im Wiener Gemeinderat eingebracht wird, fordert die Wiener ÖVP die Schaffung eines eigenen Gestaltungsbeirates für Fragen der Stadtgestaltung und des Stadtbildes. Außerdem soll ein internationaler Wettbewerb in „Urban-Design“ für eine ansprechende Gestaltung der Stadt durchgeführt werden. Dies erklärte ÖVP-Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK am Donnerstag in einer Pressekonferenz. In einem weiteren Antrag wird die ersatzlose Entfernung des in Form einer Steinwand gestalteten Brunnens in der Fußgängerzone Kärntner Straße verlangt. Außerdem stellt die ÖVP den Antrag, die Stadt Wien möge sich darum bemühen, daß das zuletzt in Hollabrunn durchgeführte Jazz-Festival in Zukunft in Wien stattfindet. Als geeignete Standorte nannte Busek etwa die Donauinsel oder den Donaupark.

Schließlich beschäftigt sich die ÖVP in einer Anfrage mit der Funktion von Altbundeskanzler Dr. Kreisky als Präsident des „Weltausstellungs-Vereins“. Die ÖVP will wissen, ob Kreisky aufgrund der jüngsten Entwicklung seine Funktion als Präsident dieses Vereins bereits zurückgelegt habe. Busek sprach sich in diesem Zusammenhang für einen Rückzug Kreiskys aus. (Schluß) ger/bs

Hofmann: Gestaltungsbeirat bereits in Vorbereitung

Wien, 22.1. (RK-KOMMUNAL) Mit ihrer Forderung nach Schaffung eines Gestaltungsbeirates renne die ÖVP offene Türen ein, erklärte Planungsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN am Donnerstag in einer Reaktion auf die Pressekonferenz von Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK. Zwischen Bürgermeister Dr. Helmut ZILK, dem neuen Vorsitzenden des Fachbeirates für Stadtplanung Prof. Wilhelm HOLZBAUER und ihm, Hofmann, selbst, sei bereits vor einigen Wochen die Installierung eines solchen Beirates vereinbart worden. Der Beirat soll aus sechs Architekten bestehen. Derzeit laufen die organisatorischen Vorarbeiten.

Zur Forderung nach Entfernung des Brunnens in der Kärntner Straße erklärte Hofmann, daß über diese Frage Gespräche mit jenen Architekten, welche seinerzeit die Fußgängerzone Kärntner Straße geplant hatten, geführt werden sollen. (Schluß) ger/gg